



Editorial

Bei allen Kontroversen über Ursachen und Folgen der Wirtschaftskrise besteht in einem Punkt Einigkeit: Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sollte in Forschung und Entwicklung investiert werden, um im Aufschwung mit Marktneuheiten präsent zu sein. „Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen.“ Man muss kein Ökonom sein, um das zu akzeptieren.

Wer aber soll wo in Forschung und Entwicklung investieren? Marktnahe Entwicklung und Produkteinführung sind genuine Aufgaben der Unternehmen. Stimuliert durch Umsatz- und Gewinnerwartungen sind hier Märkte der Kompass in der Technologieviefalt. Grundlagenforschung und vorwettbewerbliche industrielle Forschung sind dagegen Aufgabe des Staates. Ohne staatliche Förderung gäbe es sie nicht oder zu wenig davon. Ökonomen können das theoretisch fundiert zeigen.

Aber wie soll der Staat Unternehmen fördern und in welchen Technologien? In Deutschland besteht die industrielle Forschungsförderung darin, ausgewählte Projekte anteilig zu bezuschussen. Die Programme sind zum Großteil technologieoffen.

Jetzt soll die Forschungsförderung in Deutschland um ein neues Instrument erweitert werden: die steuerliche Erleichterung für forschende Unternehmen. Wird nach jahrelanger Diskussion endlich gut, was lange währt? Man wird sehen. Wo keine belastbaren Vorausberechnungen möglich sind, erscheinen, bei aller Plausibilität des Verweises auf andere OECD-Länder, nur moderate Erwartungen angebracht.

Aber: Solange es nicht gelingt, mehr Menschen zu höheren Bildungsabschlüssen zu führen und für Technik- und Naturwissenschaften zu begeistern, drohen Maßnahmen für ein „Mehr“ in der Forschungsförderung ins Leere zu laufen. Gerade in Deutschland steht das Innovationssystem angesichts der demographischen Entwicklung und der Abwanderung von Wissenschaftlern vor großen Herausforderungen.

Der Versuch, mit der Einführung bzw. dem Ausbau steuerlicher Anreize mehr industrielle Forschung und Entwicklung zu stimulieren, ist richtig. Richtig sind aber auch die Warnung vor zu hohen Erwartungen und der Hinweis auf die Interdependenz gerade von Forschungs- und Bildungspolitik, denn Forschung wird von Menschen gemacht.

*Jutta Günther
Leiterin der Abteilung Strukturökonomik*